

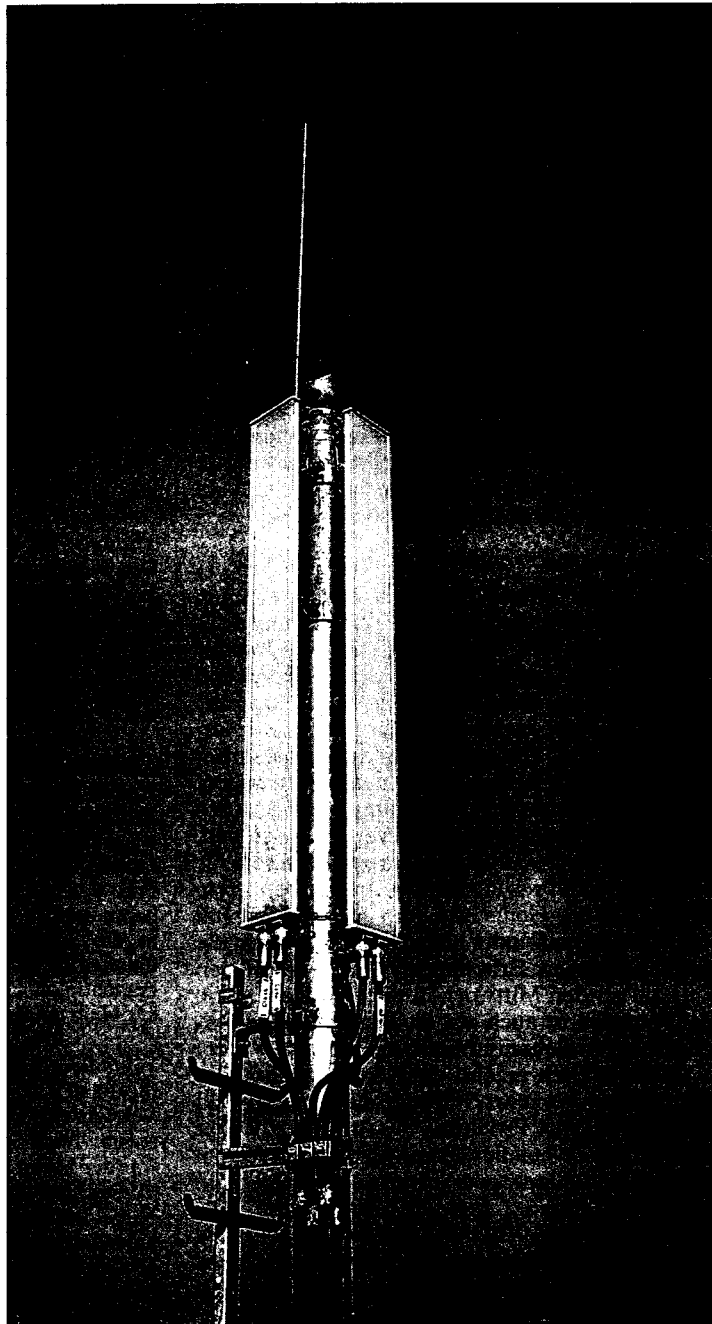
## Stäfas Kampf gegen Antennen

Gemeindeversammlung nimmt umstrittene Initiative klar an

Mit überwältigender Mehrheit hat die Gemeindeversammlung von Stäfa am Montagabend eine Initiative gutgeheissen, die ein Verbot von Antennen in Wohn- und Industriezonen fordert.

**brh.** Stäfa erweist sich einmal mehr als kämpferische Gemeinde, die sich nicht scheut, neue und durchaus auch umstrittene Wege zu beschreiten. Ihren Kampfgeist konnten die Stäferinnen und Stäfner am Montagabend an der Gemeindeversammlung unter Beweis stellen, mit tatkräftiger Unterstützung eines sechsköpfigen Initiativkomitees, der Exekutive, der SP und der FDP. Sie alle wollen, dass in der Zürichseegemeinde Aussenantennen künftig nicht mehr in Wohn- und Industriezonen erstellt werden dürfen, mit wenigen Ausnahmen. Die kommunale Bauordnung sei dementsprechend zu ergänzen. Die Initianten begründen ihren Vorstoss mit der Befürchtung, Mobilfunkantennen könnten gesundheitsschädigend wirken, beeinträchtigen das Ortsbild und die Wohnqualität. Es sollen zudem nicht sämtliche Antennen in sämtlichen Bauzonen verboten werden; zulässig wären Mobilfunkantennen immer noch in Zentrums-, Kern- und Gewerbezone sowie in Zonen für öffentliche Bauten. Eine überwältigende Mehrheit der 346 Stimmberechtigten sagten nach einer kontroversen Debatte in der reformierten Kirche Ja zur Gesetzesänderung.

Der Gemeinderat hatte bereits im Mai 2005 mit einem Moratorium für sämtliche Antennen-Baugesuche versucht, «der zunehmenden Verunsicherung in der Bevölkerung wegen möglicher Gesundheitsschädigungen» Rechnung zu tragen. Er war damals aber vom Regierungsrat zurückgepfiffen worden, weil das Stäfner Moratorium übergeordnetes Recht verletze. Die nun vorliegende Initiative ist vom Gemeinderat als zulässig eingestuft und dem Souverän zum Entscheid vorgelegt worden. Anders hatte im März dieses Jahres der Gemeinderat von Herrliberg bei einer praktisch gleichlautenden Initiative entschieden. Die Stäfner Gemeindeexekutive verhehlte jedoch nicht, es



Die Initianten begründen ihren Vorstoss mit der Befürchtung, Mobilfunkantennen könnten gesundheitsschädigend wirken. KEYSTONE

sei damit zu rechnen, dass eine allfällige Gutheissung der Initiative durch die Gemeindeversammlung angefochten werde. Mit der Initiative werde juristisches Neuland betreten. Sollte es zu einer gerichtlichen Beurteilung der Stäfner Gesetzesänderung kommen, so erhofft sich der Gemeinderat Klärung einer brisanten Frage. Stäfa will wissen, wie weit die Gemeindeautonomie geht und ob es zulässig ist, raumplanerische Regelungen zum Auf- und Ausbau der Mobilfunknetze aufzustellen, die es weder auf Bundes- noch auf kantonaler Ebene gebe.

Sitzung des Kantonsrats

## Alternative

Vorläufig

**kg.** Der Kanton Zürich soll Standesinitiative dafür ein Alternativstandorte für den schlagterminal in Dietikon prüfen. Der Kantonsrat hat parlamentarische Initiative des Weber (gp., Wald) mit 111 unterstützt; der Regierung dazu äussern. Das Limmatt stark belastet, argumentierte, die SBB hätten bei der Kriterien der Wirtschaftlich. Willy Haderer (svp., Untere daran, dass seine Partei Standort Dietikon im Verlehn habe. Gegen diesen Ein-taler Gemeinden beim Bundeschwerde eingereicht (NZZ Burlet (sp., Regensdorf) sagt me zwar spät, aber man dürfe blems nicht den SBB überlas-

## SP verliert

Hans Egloff (sp.)

**kg.** Der Kantonsrat hat am Montag zwölf Aufsichts- und Sachstimmt. Umstritten war nur Justizkommission. Gemäss Partei des Grünliberalen zufällig geeigneten Kandidaten präsent; deshalb verzichteten. Sie sich Egloff (svp., Aesch) als Präsident bestritt das Vorschlagsrecht. Die SVP habe ein Anrecht würde aber mit der Wahl Egloff Fraktionspräsident Ruedi Läubeth Derisiotis ins aussichts unterlag mit 46 zu 114 Stimmen stimmten für Egloff, nachde Petri, langjähriges Mitglied d in den letzten vier Jahren ihre zur Wahl empfohlen hatte.

**Wahl des Rektors der Universität.** Die Professoren des Mittelbaus und der Studien nicht mehr vorschlagen dürfen soll. Der Rat hat eine parlamentarische Initiative von Esther Guyer (gp., Zürich) vorläufig unterstützt; für die Wahl sind mindestens 60 Stimmen erforderlich.

**Besserer Kündigungsschutz.** Die Kündigung als missbräuchlich, soll das Recht haben, an ihre frühere andere beim Kanton – zurück zu eine parlamentarische Initiative Winterthur), die der Rat mit 111 unterstützt hat.

**Gateway Limmattal.** Mit 111 Stimmen eine parlamentarische Initiative

Breite aargauische Front gegen «Gekröpften»